

„Für
nachhaltigen
Umweltschutz ...

... gegen eine Aufnahme der
thermischen Abfallverwertung in das
Brennstoffemissionshandelsgesetz (BEHG)“

„Ja“ zu nachhaltigem Umweltschutz.

„Nein“ zum deutschen Sonderweg der CO₂-Bepreisung der thermischen Abfallverwertung.

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) hat einen Referentenentwurf veröffentlicht, der die thermische Abfallverwertung in Deutschland im Rahmen des Brennstoffemissionshandelsgesetzes (BEHG) ab 01. Januar 2023 mit einer CO₂-Bepreisung versehen möchte. Dieser deutsche Sonderweg in Europa würde dem Umweltschutz schaden und die Kosten für Bürgerinnen und Bürger in die Höhe treiben. Das Gutachten „Auswirkungen des nationalen Brennstoffemissionshandels auf

die Abfallwirtschaft“, das im Auftrag des Bundesministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz (BMUV) erstellt worden ist, hat diesen Sachverhalt untersucht und unsere Bedenken eindeutig bestätigt. Die Industrie und diverse Verbände, wie etwa der VKU, ITAD, BDE und die DGAW, teilen diese Einschätzung. Auch aus unserer Sicht ist ein deutscher Sonderweg nicht der richtige Ansatz. Vielmehr brauchen wir eine europäische Lösung, die in einer ganzheitlichen Debatte bereits vorbereitet wird.

Die potenziellen Auswirkungen im Detail

Die Einführung einer CO₂-Bepreisung der thermischen Abfallverwertung, die ausschließlich für Deutschland geplant ist ...

2.

... würde zu steigenden Kosten für Haushalte und Unternehmen führen und die Inflation dadurch verstärken. Durch die Aufnahme der thermischen Abfallverwertung in das BEHG würden Privathaushalte mit höheren Abfallgebühren und Gewerbekunden mit höheren Preisen belastet. Die Mehrbelastung würde im Haushaltsjahr 2024 die Milliardengrenze überschreiten. So entsteht eine sich weiter anheizende Inflationsspirale, die vor allem Haushalte mit geringem Einkommen exponentiell stark belastet. (Abbildung 01)

1.

“

So würde z. B. ein CO₂-Preis von 100 €/t CO₂ bei einem mittleren Abfallaufkommen und einer angenommenen Gebührenerhöhung von 70 €/(E*a) rechnerisch zu einer Gebührenerhöhung von bis zu 13 % führen.

Quelle: BMUV Gutachten

Abbildung 01

... würde zu mehr Abfallexporten und illegaler Entsorgung führen. Dies bedeutet, dass Abfall in Länder mit deutlich geringeren Umweltstandards exportiert und dort verbrannt oder deponiert wird. Dies führt zu sehr hohen klimabelastenden CO₂- und Methanemissionen aus Deponien. Damit würde Deutschland die eigene Klimabilanz zulasten der europäischen Nachbarn verbessern. (Abbildung 02)

Abbildung 02

	Anteil von Recycling und Kompostierung (2017)	Anteil der Deponierung (2017)
EU28*	46 %	24 %
Deutschland	68 %	1 %

* Daten einschließlich des Vereinigten Königreichs; Rechnet man andere Methoden zur Abfallentsorgung wie Verbrennung mit ein, ergeben sich insgesamt 100 %.

Quelle: Eurostat, Europäische Umweltagentur, Europäische Kommission

... würde dazu führen, dass weniger Energie bereitgestellt wird und die Abhängigkeit von Energieimporten aus dem Ausland steigt. Wenn mehr Abfall exportiert und damit weniger Abfall in Deutschland thermisch verwertet wird, können die Anlagen weniger preisgünstigen Prozessdampf, Fernwärme und Strom liefern. Die produzierende Industrie müsste dann in noch stärkerem Maße Energie importieren.

3.

... würde eine klimaschützende Lenkungswirkung deutlich verfehlen. Der Entwurf widerspricht dem Verursacherprinzip und richtet sich vorwiegend an Anlagenbetreiber. Diese haben jedoch keinen Einfluss auf die produzierte Abfallmenge, sie verwerten diese lediglich. Die Abfallmenge von privaten Haushalten und Unternehmen würde deshalb durch eine CO₂-Bepreisung der thermischen Abfallverwertung nicht reduziert.

4.

Nach unserer Überzeugung darf es bei einer etwaigen Einbeziehung der thermischen Behandlung von Siedlungsabfällen in den Emissionshandel keinen nationalen Sonderweg geben. Dieser würde dem Umweltschutz erheblich schaden und müsste finanziell von den Verbrauchern getragen werden.

Wir wollen einen besseren Weg beschreiten und setzen uns für ein europäisches Emissionshandelssystem ein – für nachhaltigen Umweltschutz!

Ein deutscher Sonderweg ist nicht nötig, denn: Das ETS zeigt seine Wirkung. Insgesamt sinken CO₂-Emissionen in ETS Bereichen seit 2005 um 30 %.

- 10 % Nicht ETS 

- 19 % Insgesamt



- 29 % ETS

Quelle: BMWi, Eurostat

... würde zu einem deutschen Sonderweg im europäischen Kontext führen. Der nationale Sonderweg erfordert den Aufbau einer administrativen Struktur, die in naher Zukunft mit größter Wahrscheinlichkeit unbrauchbar wird. Darüber hinaus müsste eine gesetzliche Regelung aus unserer Sicht alle Abfallbehandlungsverfahren und Klimagase (wie z. B. Methan) umfassen, um einen positiven Gesamteffekt zu erzielen. (Abbildung 03)

5.





Ihr Ansprechpartner:

Dr. Tim Schroeder

Leiter Stabstelle Politik/Head of Political Affairs

M +49 175 29 49 333

tim.schroeder@eew-energyfromwaste.com

EEW Energy from Waste GmbH

Beisheim Center
Berliner Freiheit 2
10785 Berlin

Schöninger Straße 2–3
38350 Helmstedt

eew-energyfromwaste.com



Herausgeber:

EEW Energy from Waste GmbH
Schöninger Straße 2–3
38350 Helmstedt
info@eew-energyfromwaste.com

Stand: 16. Juni 2022